

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	28
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	123/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	12.03.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	Frau Günster, Herr Dr. Knapp (beide BiP)		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	1. Bildungsbericht der Landeshauptstadt Stuttgart		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 23.02.2018, GRDRs 123/2018. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind auch die Mitglieder des Schulbeirats eingeladen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Die Vorsitzende geht auf den 1. Bildungsbericht der Stadt Stuttgart ein, dessen Schwerp- punkt auf der Situation von Kindern im Grundschulalter liegt. Die Informationen des Bil- dungsberichts seien in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt, dem Schulverwaltungs- amt und dem Staatlichen Schulamt unter der Federführung der Abt. Bildungspartner- schaft entstanden. Im Unterschied zu anderen Kommunen behandle der Bericht nicht die komplette Bildungslandschaft, sondern die einzelnen Bildungsabschnitte der Kinder und Jugendlichen. In den kommenden Jahren würden weitere Bände folgen, die jeweils andere Lebens- und Bildungsalter beleuchten würden. Die Informationen des vorliegen- den Bildungsberichts seien nicht alle neu; allerdings seien die Informationen zahlreicher Berichte, die sich mit ähnlichen Themen befassen, in Beziehung gesetzt worden. Diese Grundlage erlaube neue Bewertungen und Konsequenzen zu ziehen.

Herr Dr. Knapp unterrichtet, die Entstehung des Berichts sei durch das Bundesprogramm "Bildung integriert", das vom BMBF initiiert und über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) ermöglicht worden. Großen Dank zollt er den Kooperationspartnern innerhalb und außerhalb der Stadt, die auf vielfältige Weise zum Gelingen des Berichts beigetragen hätten.

Frau Günster übernimmt die weitere Berichterstattung im Sinne der gezeigten Präsentation und gibt Einblicke in den Bildungsbericht.

Sämtliche Mitglieder des Jugendhilfeausschusses äußern sich begeistert über den Bildungsbericht mit dem darin enthaltenen Zahlenmaterial, welches auf die Stadtbezirke heruntergebrochen sei. StRin Ripsam (CDU) erinnert an eine im Jahr 2013 ihrerseits formulierte Bitte nach einem entsprechenden Bildungsbericht, die sie an den Oberbürgermeister gerichtet habe. In diesem Zusammenhang erkundigt sie sich nach dem Erscheinungsdatum des 2. Bildungsberichts, damit dieser auf dem Zahlenmaterial des vorliegenden Berichts aufbauen könne. Im weiteren Verlauf regt StRin Ripsam an, die einzelnen Kapitel dediziert zu betrachten, und bemerkt dabei, sie vermisse eine Zusammenfassung mit entsprechenden Handlungsempfehlungen. So äußert sich auch StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE), die sich ein Fazit gewünscht hätte. StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) schließt sich dem Vorschlag von StRin Ripsam an, die einzelnen Kapitel des Bildungsberichts gesondert zu beraten. StRin Vowinkel (SPD) äußert, die gründliche Datenerhebung müsse aus ihrer Sicht Handlungsvorschläge der Verwaltung nach sich ziehen. Hierzu äußert die Vorsitzende, dies sei bewusst vermieden worden, da es sich bei dem vorliegenden Bildungsbericht um einen Status quo handle. Mit der Vielfalt der Anregungen werde sich nach und nach befasst. Allerdings werde sich bereits vieler Themen angenommen, und die neuen Erkenntnisse werden in die laufende Arbeit mit einbezogen.

Zu Seite 26 des Bildungsberichts stellt StRin Ripsam 534 Rückstellungen vom Schulbesuch fest. Dabei interessiert sie, wie die Verwaltung damit umgeht. Bei der Verteilung der Grundschulkinder in den Stadtbezirken (s. S. 32 des Berichts) stellt sie ein deutliches Nord-Süd-Gefälle fest und regt eine Wohnbebauung u. a. in Plieningen an. Zum zukünftigen Bedarf an Bildungs- und Betreuungsangeboten (s. S. 52) weist StRin Ripsam darauf hin, dass nicht einmal die Hälfte der Eltern ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot wünschten. Dies sieht StRin Nuber-Schöllhammer ganz anders. Sie habe auf Seite 42 gelesen, dass die Schülerinnen und Schüler an Ganztagschulen mehr als die Hälfte ausmachten und die Eltern das Ganztagsangebot ausdrücklich ausgewählt hätten. Es sei hierbei wichtig, die Hortstandards einzuhalten, damit die Ganztagschule gelinge und die Kinder gut betreut seien, signalisiert StRin Nuber-Schöllhammer. Die Ganztagschule in ihrer möglichst verbindlichen Form sieht auch StRin Vowinkel (SPD) als richtungsweisend für die Zukunft an.

Über die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchung im Teilbereich Sprache zeigen sich StRin Vowinkel und StRin Nuber-Schöllhammer bestürzt über das "auffällige" Ergebnis. StRin Ripsam fragt, ob die Sprachkompetenz stärker gefördert werden müsste und ob dieses Thema eines sein werde, mit dem sich der Jugendhilfeausschuss intensiver beschäftigen werde. Der Wunsch nach einer entsprechenden Evaluation in den Kitas mit Sprachunterricht beschäftigt StRin Nuber-Schöllhammer. Dazu entgegnet BMin Fezer, die ermittelten Daten bei der Sprachkompetenz rühren von dem extrem sensiblen Sprachscreening her, das geringfügigste Auffälligkeiten erfasse; ausschließlich ein Teil der Kinder habe einen Förderbedarf. Beim HASE-Screening (Heidelberger Auditives

Screening in der Einschulungsuntersuchung) würden Kinder auffallen, die nur eine geringe Sprachbeeinträchtigung hätten, was zu relativieren sei. Die Bitte nach einer Evaluation werde aufgegriffen und überarbeitet, informiert die Vorsitzende.

Im weiteren Verlauf geht StRin Ripsam auf die Realschulempfehlung ein und unterrichtet über große Unruhen in Möhringen, wo es keine "klassische" Realschule mehr gebe. Die Eltern wollen dort ihre Kinder nicht in eine Gemeinschaftsschule geben. Zusätzlich zu den Standorten von Aktivspielplätzen und Jugendfarmen (s. Seite 74 des Berichts) regt sie die Aufnahme weiterer außerschulischer Angebote an.

Ein flächendeckendes System stellt StRin Nuber-Schöllhammer bei diesen Angeboten fest. Dieser Aussage schließt sich Herr Gerstlauer an und erwähnt, allerdings vermisste er in der Aufstellung die Aufnahme der Waldheime und die Mobile Jugendarbeit. Hierzu bemerkt die Vorsitzende, das Thema Waldheime werde im Bericht zur Sekundarstufe 1 berücksichtigt. Zu den Schulen in privater Trägerschaft im Rahmen der Formalbildung erwägt Herr Gerstlauer, dieses Thema im Jugendhilfeausschuss zu eruieren, warum Eltern diese Ansätze bevorzugen würden.

Ein deutliches Nord-Süd-Gefälle stellt auch StRin Nuber-Schöllhammer in ganz vielen Bereichen fest und fragt nach der Bildungsgerechtigkeit in den Stadtteilen. Sie hält fest, dass die Stadtteile Zuffenhausen und Feuerbach keine Stadtteil- und Familienzentren hätten, was allerdings aus ihrer Sicht in diesen Stadtteilen notwendig wäre. Ein deutlicher Kontrast zeichne sich bei Grundschulkindern mit Bonuscard-Berechtigung sowie beim Übertritt auf weiterführende Schulen ab. Sie habe festgestellt, Eltern würden der Grundschulempfehlung häufig nicht folgen und von dieser abweichen. Während Eltern der Gymnasialempfehlung fast vollständig folgten, kämen ca. 15 % der Kinder ohne eine Gymnasialempfehlung an diese Schulform. Der Nord-Süd-Kontrast beschäftigt auch StRin Vowinkel, der bei Kindern mit Migrationshintergrund häufig festgestellt werden könne. Stadtteile wie Wangen, Mühlhausen und Bad Cannstatt fielen bei der Gymnasialempfehlung gegenüber den südlichen Bezirken ab. Es lasse sich eine große Diskrepanz gerade auch bei den Einschulungsuntersuchungen hinsichtlich der Motorik und des Übergewichts feststellen. Die Stadtteil- und Familienzentren seien bei dieser Ungleichheit sehr wichtig, um ein bestimmtes Angebot in den nördlichen Bezirken bereitzustellen.

Um Bildung und Teilhabe bei den Bonuscard-Kindern zu erreichen, wie z. B. bei den Sportangeboten, müsse geschaut werden, wie Mädchen angesprochen werden könnten, da hauptsächlich Jungs in den Sportvereinen zu finden seien. In Stammheim habe sie vermehrt Empfehlungen für die Werkrealschule feststellen können, allerdings gebe es ausschließlich eine "klassische" Realschule. In diesem Stadtteil würden im Gegenzug wenige Kinder das Gymnasium besuchen. StRin Vowinkel regt in Stuttgart-Nord kleinere Klassen und mehr Personal an, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen.

Die Einschulungsuntersuchung müsse nach Ansicht von StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) hinsichtlich der Grobmotorik, des Übergewichts und der Sprachauffälligkeiten konkret betrachtet werden. Eine Frage des Stadtrats richtet sich diesbezüglich an die Verwaltung, ob die aufgelegten Sprachkompetenzprogramme in den Kitas die richtigen seien. Zu der geringen Inanspruchnahme von aufgelegten Programmen in den Jugendhäusern, wie z. B. Handwerken und Musizieren, erkundigt sich StRin von Stein (FW). Geförderte Bildungsangebote scheinen für die Jugendlichen weniger attraktiv zu sein im Gegensatz zu "Freunde treffen". Diese Stadträtin hinterfragt, warum die Mädchen nicht

in den Sportvereinen, hingegen auf den Jugendfarmen zu finden seien. Das Thema beschäftige sie, wie die Mädchen im Stadtbezirk angesprochen werden könnten, damit sie die Möglichkeit hätten, sich zu bewegen.

Zu dem genannten Geschlechterverhältnis der 5- bis 10-Jährigen in Sportvereinen (s. Seite 78 des Bildungsberichts) stellt StR Klingler (AfD) fest, die sportlichen Aktivitäten bewegten sich auf die 50 %-Marge zu. Er stellt die Frage in den Raum, ob es nicht sein könne, dass Jungs typischerweise prozentual mehr vertreten seien, da sich diese traditionell häufiger im Mannschaftssport bewegten.

Die grundsätzliche Weiterbearbeitung der Themen hält StR Klingler im Jugendhilfeausschuss und im Schulbeirat für erforderlich. Unter den ausgewählten Ergebnissen der Einschulungsuntersuchung lobt er den Rückgang des Anteils der übergewichtigen Kinder. Im weiteren Verlauf regt StR Klingler an, zukünftig die Anzahl der Schülerinnen und Schüler prozentual an der Stuttgarter Gesamtbevölkerung in den einzelnen Stadtbezirken abzubilden (s. Seite 32).

Den muttersprachlichen Unterricht befürwortet StRin Nuber-Schöllhammer aus Sicht der Grundschul Kinder. Sie regt Türkisch-Unterricht analog des Unterrichts in Französisch oder Italienisch an. Zu den Angeboten muttersprachlichen Unterrichts (s. Seite 56 des Bildungsberichts) bemerkt StR Klingler, bereits ein reichliches Angebot vorzufinden.

Herr Gerstlauer lobt im Namen der freien Träger das Nachschlagewerk mit den gut aufbereiteten Daten. Zur Bildungsgerechtigkeit regt Herr Gerstlauer eine Debatte über den Begriff und die zugehörigen Parameter an. Auf Seite 70 werde die non-formale Bildung unter dem Gesichtspunkt des SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) beschrieben. Es könnte vermutet werden, dass für die Bildungsgerechtigkeit vor allem die Jugendhilfe zuständig sei, wobei die Schule auch ihren Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit leisten müsse. Die regionalen Darstellungen begrüßt Herr Gerstlauer ausdrücklich. In weiteren Beratungen der einzelnen Kapitel sollten die Genderaspekte beim Lehrpersonal genauer betrachtet werden. In diesem Zusammenhang weist er darauf hin, dass die Mädchen ab dem 14. Lebensjahr nicht mehr im Sozialraum auftauchen.

Zur Nachmittagsbetreuung erwähnt Herr Wohlfahrt, der Bericht zeige auf, dass die Hälfte der Eltern einen Ganztagsunterricht bevorzugen würden. Interessant seien aus seiner Sicht die Gründe, warum die andere Hälfte eine Halbtagsbetreuung wünschte. Im Stadtbezirk Stuttgart-Nord stellt Herr Wohlfahrt ein Ost-West-Gefälle fest. Dabei hätte er sich mit Blick auf die Schulbezirke die Feststellung der Anzahl von Bonuscard-Inhabern, vorhandene Sprachkompetenzen und Faktoren wie z. B. Übergewicht im Grundschulalter gewünscht. Bezüglich der Rückstellungen vom Schulbesuch berichtet Herr Wohlfahrt von einer Vielzahl an Nachfragen dahingehend, welchen Schultypus diese Kinder besuchen könnten. Die Vorbereitungsklassen (VK) seien nicht das richtige Umfeld für diese Kinder. Hierzu ergänzt die Vorsitzende, das Alter der Einschulung sei grundsätzlich noch nicht kritisch, da sich die Kinder unterschiedlich schnell entwickelten.

Zur außerschulischen Bildung, wie z. B. dem Besuch der Musikschule, bemängelt Herr Wohlfahrt, dass es nicht genügend Außenstellen in den Bezirken gebe. Abschließend erwähnt er, er würde eine erneute Vorstellung und Vertiefung der Themen im JHA und im Schulbeirat begrüßen.

Herr Arpad äußert sich lobend über den Bildungsbericht und empfiehlt eine Beratung im Internationalen Ausschuss. Bildungserfolge würden eng mit einem Migrationshintergrund zusammenhängen. Daher sollten die Themen des Bildungsberichts im Internationalen Ausschuss vertieft werden mit dem Ziel der Chancengleichheit. Lobend äußert er sich zur Aufnahme des muttersprachlichen Unterrichts im vorliegenden Bildungsbericht.

Zu den 534 Rückstellungen im Jahr 2016 fragt Frau Halm, wo diese Kinder untergebracht seien und wie viele zugereiste Menschen in diesen und nicht in VK-Klassen unterrichtet werden. Nachdem nicht explizit die Dyskalkulie und die Lese-Rechtschreibschwäche im Bericht aufgeführt seien, weist Frau Halm auf die mangelnde Förderung hin und bittet um Aufnahme in zukünftige Berichte. Hierauf entgegnet die Vorsitzende, jenseits einer Berichterstattung müsse sich darüber Gedanken gemacht werden.

Für den nächsten Bericht spricht sich Herr Biermann für eine Darstellung von "Rückstufungen" in Ermangelung einer Grundschulempfehlung aus. Die Problematik treffe die Realschulen und weniger die Gymnasien, stellt er fest. Die in der Vergangenheit verabschiedete und vom Deutschen Jugendinstitut ermittelten Handlungsempfehlungen sollten bei zukünftigen Berichterstattungen zu Rate gezogen werden, rät Herr Biermann. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit sollten hinsichtlich des nächsten Berichts die Verläufe sichtbar gemacht und aufbereitet werden. Der nächste Bericht sei in vier Jahren ange-dacht, so die Vorsitzende. Sie hoffe, dass eine Entwicklung im Laufe der Zeit festgestellt werden könne.

Herr Hirn merkt an, er sei bestürzt über das Nord-Süd-Gefälle und erwägt mehr Gerechtigkeit an den Schulen. Allerdings sei die Schule alleine überfordert. Die Problemlagen in den Stadtbezirken, an den besagten Schulen, müssten eruiert und kompensatorische Maßnahmen erarbeitet werden. Der Anteil der Rückstellungen differiere zwischen 23 und 24 %. Dafür müsse es Gründe geben und stadtweit darauf reagiert werden. Die Identifizierung von 41 % Förderbedarf in den Sprachkompetenzen sei bestürzend. Daher rege er ausdrücklich eine Evaluation in diesem Bereich an. Zu der Inklusion an den Schulen signalisiert Herr Hirn Sprechbereitschaft; er möchte sich aber heute nicht dazu äußern.

StRin Gröger (SPD) bestätigt den gelungenen Bericht und die an den Stadtbezirken orientierte Sichtweise. In den einzelnen Stadtbezirken (Nord, Mühlhausen, Bad Cannstatt) müsste detailliert nach den Problemlagen und nach Handlungsmöglichkeiten geschaut werden. Bei den Bildungsübergängen müsste mithilfe der Stuttgarter Bildungspartnerschaft in den besagten Gebieten nachgesteuert werden. Bildungsgerechtigkeit könne nur erreicht werden, wenn Ungleichheiten angegangen würden. Die Stadt Hamburg unterstütze z. B. Grundschulen mit schwierigen Bedingungen mit entsprechenden Ressourcen, was erste Erfolge aufweise. Kommunale notwendige Maßnahmen müssten bedarfsorientiert eingesetzt werden, fordert StRin Gröger.

BMin Fezer bedankt sich für die lobenden Worte und erwähnt nochmals, auf die einzelnen Punkte werde in der Folge zurückgekommen. Der erwähnten Themen werde sich angenommen, verspricht die Vorsitzende. Zur Bildungsgerechtigkeit bemerkt sie, dies sei ein zentrales Thema, mit dem sich in den nächsten ein bis zwei Monaten intensiv auseinandergesetzt werde. Weitere Berichte würden folgen, kündigt die Vorsitzende an. Damit schließt sie diesen Tagesordnungspunkt ab.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GR Drs 123/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Jugendamt (27)
JB-BiP

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. Stadtkämmerei (2)
 4. Rechnungsprüfungsamt
 5. L/OB-K
 6. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN